



Von Frank Berno Timm

BILLSTEDT Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat mit scharfen Worten den Beginn vorbereitender Maßnahmen für das Bauprojekt östlich Haferblöcken kritisiert. Nachdem umfangreiche Baumfällungen vorgenommen worden seien, folgten Baggerarbeiten im Rahmen der Baustellenschließung. Dies geschehe, obwohl erhebliche ökologische Bedenken bestünden, Umweltgutachten fehlten und die Genehmigungslage unklar sei. BUND-Landesgeschäftsführer Manfred Braasch sagte, es würden Fakten geschaffen, „die zu einer unwiderruflichen Zerstö-

rung wertvoller Freiflächen“ führten, die nach geltendem Planrecht nicht bebaut werden dürften. Wie berichtet, sollen östlich Haferblöcken Wohnungen entstehen, die zum einen Teil für die Unterbringung von Flüchtlingen, zum anderen dem regulären Wohnungsmarkt dienen. Der BUND hat nach eigenen Angaben Widerspruch gegen das Vorgehen eingelegt. Nach BUND-Auffassung ist die Notsituation der Flüchtlingsunterbringung, mit der der Senat gesonderte Baugenehmigungsverfahren begründet hatte, in dieser Form nicht mehr gegeben. Der Fall Öjendorf zeige, dass das Thema Flüchtlinge ausgenutzt werde,

um an Flächen zu gelangen, die bislang für eine Bebauung tabu waren. Damit spielt der BUND auf den Umstand an, dass in den letzten Monaten hamburgweit intensive Debatten über mehrere, derartige Projekte stattgefunden hatten. Das betrifft unter anderem auch die Hummelsbüttler Feldmark (Langenhorn), die von vielen Kritikern ebenfalls als schützenswert angesehen wird. Dort waren die aktuellen Projekte schließlich reduziert worden. Sorina Weiland vom Bezirksamt Mitte sagte, es gebe sowohl für die Bauarbeiten als auch die Rodung der Knicks östlich Haferblöcken die notwendigen Genehmigungen.